LANDTAG VON SACHSEN-ANHALT

02.12.2022
Drucksache 8/1959

öffentlich

Antrag
–

Fraktion AfD

Warnungen ernst nehmen - Vorbereitungen für den Blackout treffen

Der Landtag wolle beschließen:

Der Landtag stellt fest:

Dass das Land Sachsen-Anhalt völlig unzureichend auf einen Blackout vorbereitet und Ursache der katastrophalen Energiesituation dem Versagen der Bundesregierung zuzuschreiben ist.

Die Landesregierung wird aufgefordert,

I. eine Informationskampagne zum Thema Blackoutvorsorge zu starten, um die Bevölkerung für einen überregionalen Netzzusammenbruch vorzubereiten;

II. eine einheitliche und verbindliche Regelung für die Krankenhäuser in Sachsen-Anhalt einzuführen, nach der diese Treibstoff für 7 Tage Notstrombetrieb vorrätig haben müssen;

III. im Austausch mit regionalen Versorgern Konzepte für den autarken Inselbetrieb von Trink- und Abwasseranlagen zu erarbeiten;

IV. zusätzliche Tankstellen in Sachsen-Anhalt zu der Umrüstung für den Notstrombetrieb zu bewegen;

V. den batteriegepufferten Digitalfunk der polizeilichen und nichtpolizeilichen Gefahrenabwehr in Sachsen-Anhalt durch Beschaffung von Notstromaggregaten und Treibstoff für 7 Tage abzusichern;

(Ausgegeben am 05.12.2022)

VI. die Polizeibeamten in Form von Schulungen und Trainings umfangreich auf das Szenario eines Blackouts vorzubereiten, um im Ernstfall so lange wie möglich die Funktionsfähigkeit der Polizeibehörden zum Wohle der öffentlichen Ordnung aufrechtzuerhalten;

VII. die notwendigen Vorbereitungen zu treffen, damit im Fall eines Blackouts die Beschäftigten, Beamten und Einsatzkräfte im Land und in den Kommunen ihren Pflichten und Tätigkeiten am Dienstort nachkommen und diesen erreichen können;

VIII. und in Verbindung mit den Behörden und Einsatzkräften in Sachsen-Anhalt Notfallpläne für die Nahrungs- und Medikamentenversorgung der Bevölkerung für eine Blackoutlage aufzustellen.

Begründung

Ein Blackout, nicht zu verwechseln mit einem regionalen Stromausfall, würde zum völligen Zusammenbruch der Versorgung, Wirtschaft und jeglicher gesellschaftlichen Ordnung führen. Aufgrund der aktuellen energiepolitischen Situation und der gescheiterten Energiewende gilt der Zusammenbruch des europäischen Verbundnetzes in naher Zukunft als wahrscheinlich.

Die Große Anfrage Drs.: 8/1521, hat verdeutlicht, dass das Land Sachsen-Anhalt für diese Situation absolut unzureichend vorbereitet ist. Die Absicherung der sachsen-anhaltischen Krankenhäuser durch Notstromaggregate ist in vielen Fällen, wenn überhaupt, nur äußerst kurzfristig möglich. Über Standort und Nutzung von Notbrunnen ist die Bevölkerung nicht informiert. Auch die Funktionserhaltung von Tankstellen im Falle eines Blackouts ist bis auf eine einstellige Anzahl dieser nicht gegeben.

Der allgemeine Mangel an Treibstoff, lange Arbeitswege und Einschränkungen im Personenverkehr werden unweigerlich dazu führen, dass im Ernstfall Einsatzkräfte am Erscheinen an ihrer Arbeitsstelle gehindert werden und somit ihrer Tätigkeit nicht nachkommen können.

Zum Schutz der Bevölkerung müssen zwingend Maßnahmen ergriffen werden, um im Falle eines längerfristigen Netzzusammenbruchs die gesellschaftliche Ordnung und Sicherheit zu erhalten.

Oliver Kirchner
Fraktionsvorsitz